Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 89. **Sonnabend** den 19. Februar 1898. **92. Jahrgang.**

Dr. Johannes v. Miquel.

Q Die der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts eigenthümliche große Anzahl von deutschen Staatsmännern, die eine im frühen Mannesalter gewonnene starke Bedeutung ungeschmälert in das achte Jahrzehnt ihres Lebens hineinbringen, vermehrt sich heute um eine besonders gewichtige Persönlichkeit. Inmitten lebhaften Kampfes und reichen Schaffens wird Johannes v. Miquel ein Siebzigjähriger. Körperlich darf er, nachdem ein nicht geheucheltes Ruhebedürfniß wieder geschwunden, sich mit Moltke messen, der im gleichen Alter — im Feldzuge des Jahres 1870 — stets zu den Jungen sich rechnete, und wie das geistige Feuer in dem thatsächlichen Präsidenten und thatsächlichen Sprechminister des preußischen Ministeriums lodert, haben die jüngsten Wochen und Tage gezeigt. So hat sich Miquel dagegen gesichert, heute Beglückwünschungsartikel lesen zu müssen, die als politische Nekrologe gedacht sind. Vielleicht erblickt ihn, da die Umbildung der Regierung mehr als eine Redensart zu werden begonnen hat, der Beginn des Patriarchenalters noch nicht einmal auf der vollen Höhe seines Wirkens, sondern im Weiterschreiten — wenn nicht der äußeren Stellung nach, so doch nach dem Inhalte des Thuns.

Wie immer aber dieses Leben sich in der Zukunft noch gestalten möge, jene Vergangenheit bis zum heutigen Tage wird, wie sie den Zeitgenossen einen Rückblick reizvoll macht, auf bedeutsamen Blättern deutscher Geschichte Platz finden. Miquel ist ein seltener Mensch von seltener Laufbahn. Aber es macht diese Persönlichkeit doppelt interessant, daß ihr bei aller Sonderart das Typische für ihre Zeit nicht fehlt. Der von dem niedersächsischen Wesen in vielen Zügen abweichende und vielleicht noch von dem französischen Blute seiner Vorfahren beeinflußte Hannoveraner kleinbürgerlicher Herkunft hat alle die Phasen der politischen Entwickelung durchlaufen, an deren Ende das Vaterland ein Bürgerthum besitzt, das ein großer Moment nicht als kleines Geschlecht vorfand. Im Jahre 1848, als junger Göttinger Student, ging Miquel sogar über den tagesüblichen Radikalismus hinaus; die Socialdemokratie hält ihm dies noch heute gerne vor, obwohl sie klüger verschwiege, daß ihre oder den ihrigen verwandte Ideen eine scharfblickende, keineswegs vom gemeinem Ehrgeiz beherrschte und — was das Wichtigste ist — zeitlebens socialpolitisch gerichtete Persönlichkeit nicht fest zu halten vermocht haben.

Wie lange sich der Most in dem jugendlichen Feuerkopfe abfund geberdet, wissen wir nicht. Herausgetreten ist Miquel aus jener Sturm- und Drangperiode als ein für das höchste politische Ideal des Jahres 1848, das nationale, mit Begeisterung erfüllter Mann, der sich aber wohl bewußt geblieben war, daß die deutsche Einheit des Kittes bürgerlicher Freiheit nicht entrathen könne. Miquel wurde einer der Begründer und eifriges Mitglied des Nationalvereins und des deutschen Abgeordnetentages, während er gleichzeitig als Schriftsteller das verrottete volksfeindliche Regiment seines Heimathlandes schonungslos bekämpfte, charakteristischer Weise vorzugsweise aus finanzpolitischen Gesichtspuncten. Der Umschwung des Jahres 1866 bot der außerordentlichen Begabung, die er bereits als Gesetzgeber bekundet hatte, ein Wirkungsfeld, das fast unermeßlich, aber nicht größer war als seine Leistungsfähigkeit.

Miquel trat 1867 in das preußische Abgeordnetenhaus (das er 1882 in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. mit dem Herrenhause vertauschte) und in gleichem Jahre in den Norddeutschen Reichstag ein; dem deutschen Reichstage hat er zunächst von dessen Begründung bis zum Jahre 1877 und dann wieder von 1887 bis zu seiner Ernennung zum Finanzminister im Jahre 1890 angehört. Nächst Bennigsen der hervorragendste Führer der nationalliberalen Partei, hat Miquel den grundlegenden Gesetzen des neuen Reiches an zahllosen Stellen seinen Stempel aufgedrückt und zwar dies vorzüglich nach der doppelten Richtung der Erweiterung der Befugnisse des Nationalstaates und der liberalen Gestaltung seiner Einrichtungen. Insbesondere gebührt ihm ein großer Antheil an der Ausdehnung der Reichscompetenz auf die Justizgesetzgebung, um deren Zustandekommen er sich, als Rechtskundiger nicht geringer denn als Verwaltungs- und Finanzmann, nachmals große Verdienste erworben hat. Namentlich bei diesem Werke zeigte sich Miquel als Meister der Kunst, möglichst viel zu erreichen, ohne um minder wichtiger Dinge willen das Ganze zu gefährden. Er war, wo es Noth that, einer der besten Vertreter jener Compromißpolitik, die, einst so viel verlästert, nun als ein Ruhmestitel der nationalliberalen Partei galt und auch gelten würde, wenn die Lästerer von damals neuerdings nicht selbst und gerade bei den schon in den siebziger Jahren strittigen Puncten der Justizgesetzgebung in den Spuren der Nationalliberalen gewandelt wären.

Das Verhältniß Miquel's zu der von ihm mit begründeten Partei war vielleicht zu keiner Zeit so geartet, wie es sich zwischen seinem Landsmann v. Bennigsen und den Nationalliberalen herausgebildet hatte. Möglich, daß des gewandten, auskunftsreichen und schmiegsamen Mannes Politik nicht so groß angelegt erschien, um ihm in Augenblicken, wo die Kritik des einzelnen Abgeordneten hinter das Vertrauen zu dem Führer zurücktreten mußte, die Gefolgschaft zu sichern, mit der Bennigsen dem Fürsten Bismarck manche Schicksalstunde des Reiches entscheiden half. Jedenfalls glaubte sich Mancher in Miquel einer Sphinxnatur gegenüber. Aber als ein positiver Politiker hat er allen Parteigenossen gegolten und dieses Urtheil glänzend gerechtfertigt durch die Schöpfung des Heidelberger Programms, von dem die Erneuerung der nationalliberalen Partei datirt. Als Minister, wenn nicht schon früher, hat Miquel den Parteimann völlig abgestreift und unsere Freunde in den Parlamenten haben sich auch niemals Rechnung auf ihn als solchen gemacht, wenn auch das über seinem in der Angelegenheit des Zedlitz'schen Schulgesetzes und neuerdings in der Vereinsgesetznovelle gelagerte Dunkel Verwunderung erregte. Aber wir glauben nicht, daß in dem einen wie in dem anderen Fall ein ehemaliger Parteigenosse des Ministers abgeneigt gewesen wäre, die Möglichkeit zuzugeben, daß Herr Miquel sich von Beweggründen leiten ließ, die vom liberalen Standpuncte verständlich waren.

Keinesfalls hat es dem Minister v. Miquel an der Unterstützung der früheren Parteifreunde gefehlt, aber grundsätzlich konnte es ihnen auch nicht sauer fallen, ihm beizustehen. Sein Ruhmeswerk, die große Steuerreform, ist die Erfüllung alter nationalliberaler Forderungen gewesen, seine preußische Mittelstands- und Agrarpolitik begegnete nationalliberalen Gedanken und bei der leider noch nicht geglückten Bemühung, die Reichsfinanzen zu ordnen, waren unsere Freunde seine natürlichen Bundesgenossen. Daß sie auch die Kerntruppe einer Politik der Sammlung, der Reinigung und Vereinfachung des Parteiwesens bilden wird, dessen ist Herr v. Miquel sicher. Unser Geburtstagswunsch ist, daß es ihm gelingen möge, mit diesem Werke die Arbeit seines Lebens zu krönen.

Industrie und Landwirthschaft.

Ueber die Stellung der Industrie gegenüber den neuesten programmatischen Kundgebungen der Agrarier bringt die „Deutsche Industrie-Ztg", das Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, einen von dem Generalsecretair desselben, dem Landtagsabgeordneten Bueck, unterzeichneten Artikel, in dem erklärt wird, die Versuche der Vertreter der Industrie, eine Verständigung mit denen der Landwirthschaft herbeizuführen, seien als gefährdet zu erachten, nachdem die agrarischen Führer ihre Handels- und verkehrspolitischen Ziele in jüngster Zeit unumwunden dargelegt haben:

„In der Handelspolitik geschah dies, abgesehen von den vielfachen Verhandlungen im Reichstage und Abgeordnetenhause, in der hervorragendsten Vertretungskörperschaft der deutschen Landwirthschaft, im deutschen Landwirthschaftsrath, wo der Referent Graf von Kanitz sowohl in seinen Ausführungen als in den von ihm gestellten Anträgen festgelegte Tarifverträge entschieden verwarf. Diese Anträge wurden bis auf die Ziffer 3 angenommen. Auf dem Parteitage der Conservativen am 2. Februar dieses Jahres in Dresden äußerte sich Graf Kanitz in gleichem Sinne; er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „die Zwangsjacke der Handelsverträge muß so bald wie möglich abgestreift werden." Auch in der Hauptversammlung des Bundes der Landwirthe am 14. dieses Monats stellte dessen Director Dr. Diederich Hahn unter dem „Bravo" der Hörer fest, daß der Bund der Landwirthe jede handelspolitische Bindung durch Verträge auf lange Jahre hinaus auf das Entschiedenste zurückweise. Diese Vorgänge erweisen, daß die agrarischen Führer die Handelsverträge überhaupt und insbesondere Tarifverträge unbedingt verwerfen. Durch diese Stellungnahme werden die Interessen der Industrie durchaus preisgegeben.

Es ist eine unumstößliche Thatsache, daß in Deutschland von dem Gedeihen der Industrie die Ernährungsfähigkeit eines sehr erheblichen Procentsatzes der Bevölkerung abhängt. Ein gedeihlicher Zustand kann in der Industrie aber nur bestehen, wenn ein bedeutender Theil ihrer Erzeugnisse Absatz im Auslande findet. Die exportirende Industrie kann nur bestehen, wenn sie im Vertrauen auf die Sicherheit und Festigkeit der politischen Einrichtungen von langer Hand treffen und der wettbewerbenden Industrie des Auslandes gegenüber kaufmännisch calculiren kann. Rußland änderte seine Zollsätze früher zu unseren Ungunsten fast jährlich, zuweilen auch öfter. Nach dem Vertragsschluß hat sich der Geschäftsverkehr mit unserem großen Nachbar so befriedigend gestaltet, weil die hauptsächlichsten Zölle durch Bindung für lange Zeit festgelegt sind. Daher wird und muß die Industrie auf den Abschluß von Tarifverträgen, d. h. auf die Bindung der beiderseitigen Tarifsätze für möglichst lange Zeit, bestehen, sie steht und fällt, wie der Abgeordnete Möller in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. d. M. ganz richtig sagte, mit der Aufrechterhaltung unserer Handelspolitik.

Bis dahin hatte die Landwirthschaft nur Widerspruch gegen die künftige Bindung der Getreidezölle erhoben. An anderer Stelle wird darüber zu entscheiden sein, ob es möglich ist, Tarifverträge ohne Bindung der Getreidezölle mit Ländern zu schließen, die Getreide ausführen wollen, um damit ihre Einfuhr an Industrieerzeugnissen zu bezahlen. Der Schwerpunct der Frage wird auch vollkommen verrückt, wenn er in die Bindung der Getreidezölle gelegt wird, er liegt vielmehr in der Höhe des gebundenen Zolles. Die Industrie hat aber oft genug erklärt, daß sie nach Ablauf der Verträge eine den Verhältnissen der Landwirthschaft entsprechende Erhöhung der Getreidezölle unterstützen würde. Ob die Bindung der Getreidezölle nicht auch im Interesse der Landwirthschaft liegt, wird diese selbst am besten zu entscheiden haben. Die Erwägung liegt jedoch nahe, daß sehr häufig und zuletzt noch von dem Abg. Möller auf den Ansturm hingewiesen ist, den die Getreidezölle vor dem Abschluß der Verträge alljährlich auszuhalten hatten. Solchem Ansturm wich sogar der Graf von Kanitz, als er i. J. im Reichstag wegen der hohen Getreidepreise die zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle beantragte. Der vielgeschmähte Reichskanzler Caprivi wies, ruhig und fest nach beiden Seiten, diesen Antrag mit der Begründung zurück, daß man nicht wissen könne, ob es möglich sein werde, die suspendirten Zölle wieder einzuführen. Solche Fälle können wieder eintreten; sie legen den Gedanken nahe, ob nicht auch die Landwirthschaft ein Interesse an festen, gebundenen Zöllen haben könnte. Lehrreich in dieser Beziehung sind gegenwärtig die Vorgänge in Italien, die blutigen Brodtumulte und die Herabsetzung der Getreidezölle. Doch alles das zu erwägen ist Sache der Regierung und der Landwirthe; hier handelt es sich darum, festzustellen, daß die Führer der letzteren jede Bindung irgend welcher Tarife, wie die Tarifverträge selbst, unbedingt zurückweisen.

Weiter wird von den agrarischen Führern die sofortige Kündigung unserer Meistbegünstigungsverträge verlangt. Auch diese Forderung richtet sich gegen das dringende Interesse der exportirenden Industrien. Es wird z. B. beim Ablauf der Verträge zu erwägen sein, ob die Meistbegünstigung künftig nach anderen Grundsätzen als bisher geregelt werden muß. Eine vorzeitige Kündigung der Meistbegünstigungsverträge aber würde unserer Industrie die Möglichkeit des Wettbewerbes in höchst wichtigen Absatzgebieten abschneiden und sie schwer schädigen.

Endlich kann der Widerstand der Landwirthschaft und besonders der agrarischen Führer gegen die Erweiterung der Verkehrsmittel durch einen planmäßigen Ausbau von Wasserstraßen nicht unbeachtet bleiben. Derselbe ist häufig im Abgeordnetenhause und nun jüngst in den Verhandlungen des preußischen Landes-Oekonomie-Collegiums hervorgetreten, trotzdem der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärte, daß die Eisenbahnen auf die Dauer nicht mehr im Stande seien, den sich immer mehr steigernden Güterverkehr zu bewältigen. Für die Industrie ist die Vermehrung und Vervollkommnung der Verkehrswege, sind besonders niedrigere Transportkosten Lebensbedingungen; jener Widerstand ist daher gleichfalls gegen die Interessen der Industrie gerichtet.

Wir haben es für unsere Pflicht erachtet, die Aufmerksamkeit der Industrie auf die Haltung der agrarischen Führer in der Handels- und Verkehrspolitik zu lenken; diese Haltung ist fast ausnahmslos bisher von der Landwirthschaft mit Beifall begrüßt und gebilligt worden. Die Industrie wird reiflich zu erwägen haben, ob ihre vitalsten Interessen es ihr unter den dargelegten Verhältnissen gestatten, sich der Landwirthschaft anzuschließen, oder dem Rufe nach Sammlung zu folgen, bevor nicht vollkommen unanzweifelbare, sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß die Landwirthschaft nicht beabsichtigt, den agrarischen Führern in ihrer gegen die Interessen der Industrie gerichteten Haltung weiter zu folgen."

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 18. Februar. Zum Capitel Centrum und Bauernbund ist eine Erklärung des Abgeordneten Roeren von Interesse, welche in der Centrumspresse veröffentlicht wird. Oberlandesgerichtsrath Roeren bestätigt auf Angriffe von agrarischer Seite, daß er in einer Versammlung bei Besprechung der Agrarfrage gesagt hat, die Centrumsfraction prüfe selbstverständlich die Wünsche aus landwirthschaftlichen Kreisen gewissenhaft. „Aber sie hat es stets als unehrenhaft abgelehnt, für Forderungen einzutreten oder Versprechungen zu machen, die sich von vornherein als unerfüllbar oder als unausführbar darstellten, und die dann später nichts Anderes zurücklassen als bittere Enttäuschung." Herr Roeren constatirt nun ausdrücklich, daß er einzig und allein die „Neuher Beschlüsse" und den Antrag Kanitz bei jener Ausführung im Auge hatte. Er halte den Antrag Kanitz für unausführbar und unerfüllbar, und da wäre es unehrenhaft, nun trotzdem für solche Beschlüsse einzutreten. Herr Roeren schließt: „Uebrigens habe ich mich in ganz gleichem Sinne, wie auf der Lantener Versammlung, schon auf einer Reihe von Versammlungen, über die Agitation des Plötz'schen Bundes der Landwirthe und seiner Helfershelfer in Rheinland und Westfalen ausgesprochen und werde dies auch ferner thun auf allen Versammlungen, auf denen ich eine Besprechung dieser gewissenlosen Verhetzung unserer katholischen Bevölkerung gegen ihre treuesten und bewährtesten Vertreter für angezeigt erachte."

Y **Berlin**, 18. Februar. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin geleiteten gestern Mittag die Prinzessin Heinrich bei ihrer Abreise nach dem Lehrter Bahnhof und besuchten Nachmittags das Atelier des Bildhauers Schott. Gestern Abend fand ein größeres Diner zu Ehren des Großherzogs von Sachsen-Weimar statt. Heute Nachmittag wird im Schloß ein Kriegsspiel abgehalten.

Feuilleton.

Anton Ludwig Sombart.*)

Wer in Berlin während der letzten Jahre Abends durch die schattigen Straßen der westlichen Stadt wanderte, begegnete wohl bisweilen einem ehrwürdigen Herrn, dessen auffallend gerade und elastische Haltung sein hohes Lebensalter kaum errathen ließ, dessen vorsichtiges Tasten bei den Straßen-Uebergängen aber den Beweis gab, daß ihm die edelste Himmelsgabe, das Licht der Augen, nur noch in spärlichem Maße beschieden sei. Das war Vater Sombart, der niemals Klagende und Murrende, in seiner Stimmung immer der Gleiche; eine vorbildliche Erscheinung für alle im Spätherbste des Lebens Stehenden und nun ein Gegenstand herzerquickender Erinnerung für Alle, die ihm nahe zu treten das Glück hatten. —

Wie bei edlen Naturen das Erlöschen der Sehkraft häufig eine Concentration der inneren Kräfte zur Folge hat, die dem Charakter seine höchste Vollendung und Weihe giebt, so war es auch bei ihm; seine dereinst so lebhafte, scharf dialektische und dem Gegner oft hart zusetzende Eigenart machte mehr und mehr jener überlegenen Ruhe und nachsichtigen Beurtheilung der Personen und Dinge Platz, die nur dem Weisen beschieden ist und die als das gemeinsame Ergebniß reicher Erfahrung und innerlicher Vertiefung anzusehen ist.

In dieses Stadium geistiger Edelreife war Sombart bereits seit geraumer Zeit getreten, als er der Unfrige wurde und in Gemeinschaft mit einigen gleichgesinnten Männern den Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande, als besondere Abtheilung der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, ins Leben rief.

Der Umstand, daß er sich noch in hohen Jahren in so nachdrücklicher Weise einem Bestreben zuwandte, dessen günstigen Einfluß auf das öffentliche Leben er zu schauen nicht mehr hoffen durfte, spricht ebensowohl für die seltene Uneigennützigkeit seiner Natur, wie für die sociale Wichtigkeit, die er den ländlichen Wohlfahrtsbestrebungen und der Förderung unserer für das Staatswohl so hochwichtigen Landbevölkerung beimaß. Im vollen Umfange aber werden wir sein Interesse an den Ausschußbestrebungen nur dann würdigen können, wenn wir einen Blick auf sein Leben und seinen geistigen Entwickelungsgang werden geworfen haben.

Anton Ludwig Sombart ist am 14. September 1816 zu Haus Brück bei Hattingen a. d. Ruhr geboren, widmete sich dem Landmesserberuf und stieg bald vom Geometer zum Specialcommissarius im Dienst der Generalcommission der Provinz Sachsen auf. In dieser einflußreichen, für das Studium der ländlichen Bevölkerung und ihrer eigenthümlichen Interessensphäre besonders geeigneten Stellung erwarb er sich jene reichen Kenntnisse des deutschen Bauernthums, seines Charakters, seiner Bedürfnisse und seiner Rechtsanschauungen, die ihm später, als sein Blick sich mehr der socialen Seite unserer wirthschaftlichen Entwickelung zuwandte, für sein bahnbrechendes Wirken maßgebend geblieben sind und das Gelingen seiner Schöpfungen auf diesem Gebiete mitentschieden haben.

Zunächst freilich schien seine Entwickelung einen andern Weg nehmen zu wollen. Als er — es mag kurz vor 1850 gewesen sein — das Großgut Ermsleben im Mansfelder Gebirgskreise erwarb und sich ganz der praktischen Landwirthschaft widmete, warf er sich mit der ihm eigenen Energie ausschließlich auf die Vervollkommnung des landwirthschaftlichen Betriebes und auf die Zuckerfabrikation. Unrichtig freilich würde es sein, wenn man Sombart, wie es wohl bisweilen geschieht, als den eigentlichen Begründer der rationellen Zuckerrübencultur in der Provinz Sachsen ansehen wollte, denn eine solche bestand schon lange, bevor er die Zuckerfabrik Ermsleben ins Leben rief, und die stetige Verbesserung der Technik wie des Rübenbaues ist ein so allgemeines Verdienst der Chemie wie der Landwirthschaft, daß es ungerecht sein würde, einem Einzelnen das volle Verdienst zuzuschreiben. Gleichwohl erzielte er auch auf diesem Gebiete große Erfolge; seine Zucker wurden auf der ersten Pariser Ausstellung mit hohem Preise bedacht, und seine Reisen nach Belgien, die er zu dem Zwecke unternahm, die dortigen Fabrikationsmethoden kennen zu lernen, blieben nicht ohne nachhaltigen Einfluß auch auf andere Wirthschaftszweige, da er dort das kaltblütige belgische Pferd kennen lernte, das sich als besonders geeignet erwies, schwere Lasten im langsamen Zuge fortzubewegen, und das er daher für die Rübengegenden nicht nur theoretisch empfahl, sondern auch in erheblichen Mengen einführte und mit gutem Erfolge selbst züchtete.

Daß es unter diesen Umständen nicht lange dauern konnte, bis Sombart in die Direction des landwirthschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen und in das königl. Landesökonomiecollegium gewählt wurde, das wird Jedem begreiflich sein, der sich daran erinnert, daß zu damaliger Zeit die Wahlen in die landwirthschaftlichen Vertretungskörperschaften im Wesentlichen von hervorragenden persönlichen Leistungen im landwirthschaftlichen Betriebe abhängig waren. Sombart's Wirksamkeit im Centralverein wurde bald eine sehr bedeutende, ja vielfach maßgebende; in allen technischen Fragen galt er als Autorität, und die Anregungen, die er auf den verschiedensten Gebieten des landwirthschaftlichen Betriebes gab, sind mir, der ich damals zu den Jüngeren gehörte, gleich vielen Anderen unvergessen geblieben.

Mit der Zeit freilich trat in seinem intimen Verhältniß zum Centralverein eine fühlbare Aenderung ein; die agrarpolitischen Interessen traten naturgemäß mehr und mehr in den Vordergrund, und die große Mehrzahl der Landwirthe wandte sich mit Entschiedenheit von dem politischen und wirthschaftlichen Liberalismus ab, während Sombart, der inzwischen auch in das Abgeordnetenhaus gewählt war, sich dort dem sogenannten linken Centrum angeschlossen hatte. — Das führte mit der Zeit zu wachsenden Spannungen, die aber doch, wie mir scheint, zum größten Theil weniger aus principiellen Gegensätzen als aus parteipolitischen Motiven heraustwuchsen. Mochte nämlich Sombart auch in rein politischen Fragen und in der Werthschätzung constitutioneller Staatsformen weiter links stehen als die meisten seiner Berufsgenossen, so war er doch in einem für die ganze Agrarpolitik grundlegenden Puncte sogar noch erheblich conservativer als viele seiner Gegner, nämlich in der Erkenntniß der hohen Bedeutung, welche ein kräftiges Bauernstand für die Gesundheit des Landes wie für das Heil der Monarchie besitzt! Darin ließ er nicht mit sich spaßen; seine Anschauung über die Stellung des jeweiligen bäuerlichen Besitzers zum Bauernhofe selbst war durchaus die dem niedersächsischen Stamme und dem deutschen Rechte eigenthümliche. Nach ihm bildete das Bauerngut, an dessen Erhaltung dem Staate überhaupt etwas gelegen sein konnte, eine untheilbare Wirthschaftseinheit, die naturgemäß nur von einem — dem Anerben — als Hort der Familie ererbt und besessen werden konnte. Natürlich nahm er es auch mit der Bewerthung der dem Anerben zufallenden sittlichen Pflichten gegen den Staat und Familie sehr ernst; um ihm aber die Möglichkeit zu gewähren, diesen Aufgaben zu genügen, nahm er auch die Consequenzen des Anerbenrechts, Beschränkung der Pflichttheile und Uebernahme des Gutes nach dem Ertragswerthe, mit in Kauf — sich darin von der Mehrzahl seiner politischen Freunde merklich unterscheidend. —

Als Hauptübel der gesammten Landwirthschaft galt ihm, abgesehen von dem Druck der auswärtigen Concurrenz, den er in steigendem Maße zu würdigen wußte, ein doppeltes: die Ueberlastung des Grundbesitzes mit unproductiven Schulden und der Mangel einer durch eigenen Besitz mit dem Lande verbundenen Arbeiter-Bevölkerung. — Die Beseitigung dieser beiden Grundübel hielt er für die wesentlichste Aufgabe unserer inneren Agrarpolitik. Ohne die Rententheorie von Rodbertus durchaus zu vertreten, und ohne deren Unzulänglichkeit bei stetig sinkendem Ertragswerthe zu verkennen, war er doch ein entschiedener Gegner der rein capitalistischen Auffassung des Grundbesitzes und erkannte die socialpolitische Bedeutung eines festen, der Speculation nicht unterworfenen Besitzstandes in höchstem Maße an. „Ich bin", so äußerte er einmal, „keineswegs ein Gegner des Großgrundbesitzes, ich erachte ihn vielmehr sowohl in wirthschaftlicher als politischer Hinsicht in einem monarchischen Staate für geboten . . . .; hingegen ist der bankerotte Theil des Großbesitzes sowohl aus wirthschaftlichen als aus socialpolitischen Gründen zu beseitigen und zum Theil — den verschiedenen Provinzen entsprechend — durch Bauern zu ersetzen; d. h. es muß hier eine staatlich geleitete Colonisation vermöge der Renten-

*) Unserem kürzlich heimgegangenen Parteigenossen widmet der Landesökonomierath Rodbe den vorstehenden Nachruf, den wir der Zeitschrift „Das Land" mit Genehmigung ihres Herausgebers Heinrich Sohnrey entnehmen. Die Red.